

Der Widerstand gegen Staubecken im Nationalpark wächst



Der erst in den vergangenen 20 Jahren entstandene Sulzsee im Obersulzbachtal ist streng geschützt. Hier soll Wasser zurückgehalten werden. BILD: SN/ANTON KAINDL

Nach den Grundbesitzern sehen nun auch Naturschutzorganisationen die Hochwasserschutzbauten in den Tauerntälern sehr kritisch.

ANTON KAINDL

MITTERSILL. Das Hochwasser vom Sommer 2021, bei dem die Fluten fast über den Schutzdamm von Mittersill gelaufen wären, war ein Schock. Als sehr schnell die Pläne für Retentionsbecken in den Tauerntälern im Nationalpark auf-tauchten, um den Lebensraum Oberpinzgau zu sichern, wollte das niemand kritisieren. Aber inzwischen ist die Schockstarre vorbei und die Kritik wird immer lauter.

Sämtliche maßgeblichen Naturschutzorganisationen (NGOs) Österreichs sind im Beirat des Dachverbands Nationalparks Austria vertreten und haben in dieser beratenden Funktion eine ablehnende Stellungnahme an das Land Salzburg geschickt. Unterzeichnet ist sie unter anderem vom Alpenverein, den Naturfreunden, dem Umweltdachverband, dem WWF und dem Naturschutzbund. Die Kernaussage des Schreibens: „Die im Beirat der Nationalparks Austria vertretenen Natur- und Umweltschutzorganisationen rufen die Salzburger Landesregierung deshalb dazu auf, ihre Vorgangsweise in Bezug auf den Hochwasserschutz für den Oberpinzgau gründlich

zu überdenken und nach nationalparkkonformen Lösungen zu suchen!“ Die geplanten Retentionsmaßnahmen stünden im Widerspruch zu Zielen des Bundes, der EU und der für die internationale Anerkennung von Nationalparks zuständigen IUCN (International Union for Conservation of Nature).

Die Naturschutzorganisationen sehen die Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen für den Oberpinzgau, fragen sich aber, ob diese zwingend im Nationalpark gesetzt werden



/// **Es ist noch gar kein Standort festgelegt worden.**

Daniela Gutschi, Landesrätin (BILD: SN/RATZER)

müssen. Eines der Becken liege sogar im am strengsten geschützten Bereich des Nationalparks, dem Wildnisgebiet Sulzbachtal. Beim erst in den letzten Jahrzehnten durch den Gletscherrückgang entstandenen Sulzsee am Ende des Obersulzbachtals soll durch die Erhöhung des Abflusses ein künstlicher Rückstau möglich sein. Das verändert die natürliche Entwicklungsdynamik des Gewässers. Sehr kritisch sehen die Naturschützer auch ähnliche Maßnahmen beim Hintersee im Fel-

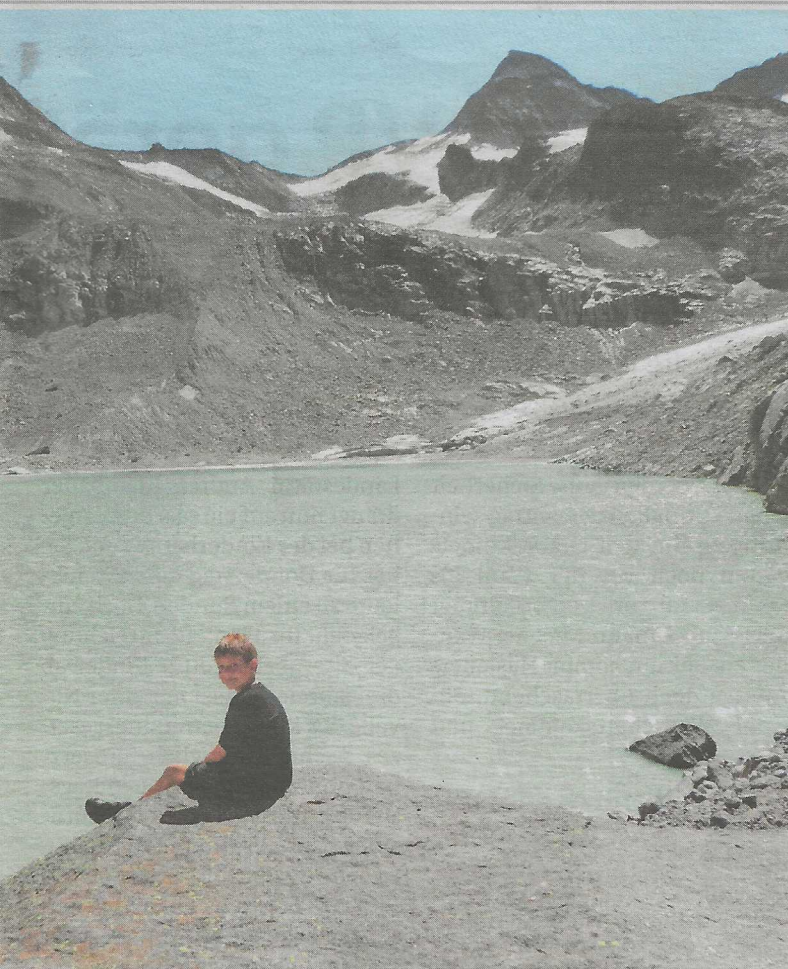
bertal und beim Kratzenbergsee im Hollersbachtal, die ebenfalls in der Kernzone des Nationalparks liegen. Dort seien durch die Einstauung wertvolle Moore bei den Zuflüssen der Seen in Gefahr.

Auch bei fünf weiteren Retentionsbecken im Hollersbachtal, im Habachtal, im Obersulzbachtal und im Krimmler Achtal, die in der Außenzone liegen, wird größte Zurückhaltung gefordert. Die Auswirkung auf geschützte Tiere und Pflanzen sowie die Bäche, die zu den hochwertigsten Fließgewässern Österreichs ge-

hören, seien gründlich zu prüfen. Die für den Nationalpark zuständige Landesrätin Daniela Gutschi (ÖVP) sagt: „Derzeit ist noch kein konkretes Projekt eingereicht und keine Entscheidung betreffend einzelne Standorte getroffen worden. Letztlich wird alles in einem Behördenverfahren mit einer Naturverträglichkeitsprüfung und umfassenden Beteiligten- und Parteirechten von NGOs und Landesumweltanwaltschaft durchgeführt.“

In dem Schreiben der NGOs wird auch ebenso wie von den

Grundbesitzern kritisiert, dass Alternativen außerhalb des Nationalparks nicht ausreichend in Betracht gezogen würden. Das Land weist das zurück. Auf Verlangen der Grundbesitzer hat Johannes Hübl, Professor am Institut für Alpine Naturgefahren an der Universität für Bodenkulturen (Boku), acht alternative Standorte geprüft. Die Lösung war nicht dabei. Vier Standorte im Bereich der obersten Salzach im Gemeindegebiet von Wald sind aus geologischen Gründen, und weil sie zu wenig Wasser zurückhalten können, ungeeignet. Der Umbau einer Murensperre in der Krimmler Ache im Bereich Holztratten zwischen Krimml und Wald scheidet auch aus geologischen Gründen aus. Der Bereich Zangger direkt flussabwärts davon sei durch die notwendige Verlegung der Krimmler Landesstraße unrealistisch. Ein Staubecken oberhalb des Wasserfalls im Untersulzbachtal erfordert eine zu hohe Mauer und ist aus Naturschutzgründen unrealistisch. Das schon mehrmals diskutierte Retentionsbecken Sulzau an der Salzach bei Neukirchen wird näher geprüft.



Friedl Geisler, Tauernhauswirt und Sprecher der Grundbesitzer im Achenal, sagt, offenbar wolle man das Vorhaben durchdrücken. „Das Untersulzbachtal will man nicht angreifen und für den Bereich Holztratten gibt es keine uns zugänglichen Unterlagen.“ Es heiße, die Bergseite dort sei nicht abzudichten, weil es sich um einen alten Bergsturz handle. „Wir wollen, dass die Alternativen auch von internationalen Experten untersucht werden.“

Bei einem Treffen der Schutzgemeinschaft der Grundbesitzer im Nationalpark vergangene Woche ist den ganzen Tag über das Vorhaben diskutiert worden. In Zukunft werden sich die Grundeigentümer alle paar Wochen treffen. Geisler sagt, man wolle so verhindern, dass man gegeneinander ausgespielt werde. Es gebe nicht nur im Achenal Widerstand. „Auch die Bauern im Obersulzbachtal sind gegen eine Einstauung ihrer Flächen.“ Im Felbertal, Hollersbachtal und Habachtal ist noch alles offen. Für das Krimmler Achenal verlangen die Grundbesitzer eine Reduktion des Stauvolumens von 2,1 auf 1,3 bis 1,5 Millionen Kubik-

meter. „Sonst werden mehrere Grundbesitzer im Achenal Nein sagen“, so Geisler.

Für Aufregung sorgt, dass angeblich von Enteignung und zwangsweiser Einräumung einer Dienstbarkeit gesprochen wird. Geisler sagt, Landesrat Schwaiger habe beim ersten Treffen mit den Grundbesitzern versprochen, dass es keine Enteignung geben werde. Der angesprochene Josef Schwaiger (ÖVP) sagt, Professor Hübl sei der Papst der Boku, unabhängig und mache sicher kein Gefälligkeitsgutachten für das Land Salzburg. „Aber wenn sie noch einen weiteren Experten wollen, sollen sie sich einen aussuchen. Wir zahlen ihn.“ Das Stauvolumen im Achenal habe man bereits verkleinert. „Wir bieten an, die Hütten mit Wällen zu umgeben, damit sie nicht eingestaut werden.“ Eine Enteignung und Zwangsrechte seien derzeit überhaupt kein Thema. „Da sind wir weit davon entfernt.“ Schwaiger sagt, es seien gute Gespräche mit Rückschlägen. „Ich habe volles Verständnis für die Landwirtschaft. Darauf können sich die Bauern verlassen. Ohne sie geht es nicht.“

Gründerinnen nehmen in Salzburg Fahrt auf

SALZBURG. Der Drang zum Unternehmertum ist in Salzburg ungebrochen. Im Vorjahr haben sich 2241 Personen dazu entschlossen, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Das ist das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte nach 2021 (2421).

Im Vorjahr erreichte der Frauenanteil bei den Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern mit 49,7 Prozent einen neuen Rekordwert (2021: 46,8 Prozent). Mit einem Durchschnittsalter von 36 Jahren haben die Frauen bereits zuvor Erfahrungen im Berufsleben gesammelt. Was sind die Gründungsmotive? 68 Prozent wissen die größere Flexibilität in der Zeit- und Lebensgestaltung zu schätzen. 66 Prozent wollen ihr eigener Chef sein, 65 Prozent wollen die Verantwortung, die sie im Angestelltenverhältnis zu tragen hatten, in das eigene Unternehmen einbringen. Peter

Kober, Leiter des WKS-Gründerservice: „Bei den Jungunternehmen besonders stark vertreten sind IT-Dienstleistungen, die Unternehmensberatung, der Versandhandel, der Direktvertrieb und der Bereich der Werbeagenturen.“ Ein Beispiel ist Jacob Berger, der sich mit seinem Unternehmen „3D Bee Engineering“ in

68 Prozent überleben die ersten fünf Jahre

Hallwang auf die Entwicklung von Prototypen mithilfe von 3D-Druck spezialisiert hat. Ein Projekt war die Neuentwicklung alter Hutmacher-Werkzeuge, die so nicht mehr zu kaufen sind.

Im Vorjahr wurden im WKS-Gründerservice 2181 Personen beraten. Gründungsberatungen zahlen sich aus: Nach drei Jahren existieren noch 80 Prozent der Firmen. Nach fünf Jahren liegt die Quote bei 68 Prozent.

LEO



„Bei Unternehmensgründungen in Salzburg herrscht jetzt schon halbe-halbe. Dann ist es ja höchste Zeit, dass die Formel fifty-fifty endlich auch bei der Betreuung der Kinder gilt.“

Sitzblockade gegen 380-kV-Leitung: VfGH wies Beschwerde nun ab

SALZBURG. Gegner der 380-kV-Freileitung hatten im Oktober 2020 eine Baustellenzufahrt am Heuberg bei Koppl blockiert. Die Behörde löste diese Versammlung mithilfe der Polizei auf. Der Verein Fairkabeln legte gegen diese Maßnahme Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht ein. Dort wurde die Beschwerde aber Ende April 2021 abgewiesen. Der Verein verwies erneut auf das Recht auf Versamm-

lungsfreiheit. Nun hat sich der Verfassungsgerichtshof mit der Causa befasst. Und dieser bestätigt laut Erkenntnis vom 7. Dezember das Vorgehen der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung. „Die behauptete Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte hat nicht stattgefunden.“ Vom Land Salzburg hieß es dazu am Montag: „Damit ist auch das letzte offene Rechtsmittelverfahren in dieser Causa abgeschlossen.“